

Köln, 25. Oktober 2002

von Dursun ATILGAN
(Präsident der Föderation)

Hans-Ulrich Wehlers Plädoyer gegen einen EU-Beitritt der Türkei, in seiner teilweise polemischen Sprache ein wenig unter dem Niveau des Blattes und auch nicht historisch überall korrekt (so "standen" die Türken nicht ein-, sondern zweimal "vor Wien"), hat eine ZEIT-Debatte mit lebhafter Zustimmung wie Ablehnung nach sich gezogen, zumeist mit schon bekannten Argumenten. Unter den Contra-Aspekten scheint mir bislang einer vernachlässigt, obgleich es ohne ihn eine Beitrittsfrage für die Türkei gar nicht gäbe - weil es die (heutige) Türkei gar nicht gäbe: Ich meine das Reformwerk Atatürks vor sieben, acht Jahrzehnten.

Vom oft als "Nationalist" verdächtigten Begründer des türkischen Staates stammen die Worte: "Alle krankhaften Erscheinungen und Sorgen irgendwo in der Welt betreffen uns alle" und: "Die Menschheit ist ein Organismus und die Völker sind seine Organe. Diese Einsicht rettet die Völker vor dem Egoismus. Das einzige Mittel, die Menschen glücklich zu machen, ist, sie einander näher zu bringen". Atatürk hat weiterhin, sehr konkret, die Kultur des Westens, namentlich das Gedankengut der Aufklärung, als die fürs Einander-näher-Bringen der Menschen entscheidende Chance gesehen und hat in seinen Reformen die Türken in einem beispiellosen Tempo (und mit schon voraufgegangenen osmanischen Ansätzen kaum zu vergleichender Entschiedenheit) an Europa herangeführt.

Ich nenne die Trennung von Religion und Staat/öffentlichem Leben, Bürgerliches und Strafbuch nach europäischen Vorbildern, Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht und deren staatliche Beaufsichtigung, Aufbau des Universitätswesens, wesentlich mit Hilfe ins Land eingeladener Gelehrter und Fachleute, Einführung des Frauenwahlrechts schrittweise bis 1934 - in einer traditionell von Männern bestimmten Kultur früher als beispielsweise in der Schweiz oder in Frankreich, Abschaffung der Polygamie und des Schleierzwangs, Einführung des lateinischen Alphabets, des Gregorianischen Kalenders, der europäischen Maß- und Gewichtssysteme.

In vielen Stücken ist die Türkei von ihren östlichen und südlichen Nachbarn weiter entfernt als von Europa, und Türken, die etwa nach Deutschland kommen, gelangen, im Gegensatz zu Menschen aus anderen Ländern jener Region, in keine befremdlich neue Welt.

Auf diese Sonderstellung der Türkei geht Wehler mit keinem würdigenden Worte ein.

Noch in einem grundsätzlicheren Sinne lassen sich übrigens Atatürks Reformen gegen Wehler ins Feld führen: Sie widerlegen - als gegenwartsnahes Beispiel nach den in ZEIT-Beiträgen schon angesprochenen griechisch-römischen, christlichen und auch islamischen Einflüssen auf die keltisch-germanischen Kulturen - des Autors wohl durch Huntington beeinflusste Vorstellung von einer Kultur als etwas Starrem mit einem "essenziellen Sein jenseits kultureller Wahrnehmungen" (so ein kritischer Leserbrief), das einzig Abschottung gebiete.

Man mag die Frage stellen: Ist aber Atatürks Westwendung nicht, Jahrzehnte nach seinem Tod, doch mindestens zum Stillstand gekommen? Sie ist es nicht, wie ich betonen darf und muss.

Was die Politik angeht: Atatürks Westwendung bestimmt auch heute noch den Kurs. Es besteht beispielsweise nicht der geringste Grund zu der Befürchtung, die Türkei sei im Grunde zu den in einem "Europa der Vaterländer" unerlässlichen Souveränitätsverzichteten nicht bereit. Zu den sechs Verfassungsprinzipien Atatürks gehört auch der "Reformismus", womit Gesinnung und Elan gemeint sind, die begonnenen und ganz

entscheidend Europäisches einbürgernden - Reformen nicht zu einem absehbaren Ende kommen zu lassen. So haben die Nachfolge-Präsidenten den Kurs nach Westen konsequent fortgesetzt (Aufnahme in die NATO 1952, in die EG 1963, Antrag auf EU-Vollmitgliedschaft 1987, Aufnahme in die Zollunion 1993).

Was die Meinung der türkischen Gesellschaft angeht: Hier ist - auch nach der Überzeugung neutraler, ja kritischer Beobachter - als eine Grundorientierung zu bezeichnen insonderheit die vom Staatsgründer bewirkte Trennung von Religion und Politik samt öffentlichem Leben, der "Laizismus", bekanntlich ein Kernbestandteil europäischen politischen Denkens. Ein mehr als sieben Jahrzehnte währendes Fortschreiten auf dem einmal gewiesenen Weg hat bei der Mehrzahl der Türken ein Bewusstsein entwickelt, das die Zukunft nicht in einer religiös dominierten osmanischen Vergangenheit sucht. Nicht verschwiegen sei allerdings die potentielle Gefährdung dieser Grundorientierung durch fundamentalistische Kräfte auch in der Türkei - obwohl sie keineswegs die von Wehler behauptete Mehrheit stellen. Wasser auf deren Mühlen wäre es, wenn die volle Einbeziehung dieses Staates in die Europäische Union sich weiter und weiter hinausschöbe. Das könnte den Eindruck erwecken, als würde der Türkei risikoreiche Zusammenarbeit mit der NATO zugemutet, die Teilnahme an der durch das Verteidigungsbündnis geschützten politisch-wirtschaftlichen Weiterentwicklung aber verwehrt. "Der Westen will euch ja gar nicht", könnten die Fundamentalisten rufen, "werdet doch unsere, des Ostens, Vormacht!" Es besteht also eine Interdependenz zwischen dem Gewicht des Fundamentalismus einerseits und der Haltung der Europäischen Union andererseits (was auch Wehler in seinem Aufsatz als Argument der Gegenposition anführt, aber nicht ausräumt).

Der Fundamentalismus ist ein Beispiel dafür, dass die Türkei - bei allen von Atatürk initiierten Errungenschaften - sich auf dem Weg nach Europa noch mit Schwierigkeiten auseinandersetzen hat, welche die europäischen Länder nicht oder nur teilweise kennen. Und: Zwar muss jeder Einsichtige grundsätzlich Verständnis haben für die Entscheidungsschwierigkeiten der Union: Zu ihrer mit guten Gründen angestrebten Erweiterung steht ja in einem natürlichen Spannungsverhältnis die ebenfalls mit guten Gründen angestrebte Vertiefung. Aber die Forderung westlicher Aufnahme-Gegner, die Türkei müsse erst einmal die Vollreife der Demokratie auf allen Ebenen erreicht haben, ehe sich an ein Entrée für die Europäische Union denken lasse, ist wahrlich wenig geschichtskundig, weil sie den - gemessen am Entwicklungsgang westlicher Länder - ungleich schwierigeren Weg verkennt, welchen die Türkei von den Strukturen osmanischer Jahrhunderte aus in Richtung auf eine solche Idealform zu durchschreiten hatte und hat. Bei den europäischen Entscheidungsträgern müsste deshalb, um Max Webers bekanntes Begriffspaar zu bemühen, an die Stelle einer oft nur bequemen und selbstgerechten Gesinnungsethik eine Verantwortungsethik treten, die nicht der türkischen Demokratie Nachsitzen verordnet, weil sie noch nicht "vollkommen" ist, sondern sie in ihrem - aus den Berichten der EU-Prüfungskommissionen ersichtlichen - Bestreben unterstützt, "vollkommen" zu werden: durch schrittweises Hineinnehmen in den Kreis oder doch durch Maßnahmen, die man unter dem Titel, "aktive Flankierungspolitik" zusammenfassen könnte. Natürlich muss zum Beispiel ein Nationaler Sicherheitsrat in einer vollendeten Demokratie überflüssig sein - und er wird es nach meiner Überzeugung alsbald sein, wenn die EU-Mitgliedschaft der Türkei den verfassungsfeindlichen fundamentalistischen und separatistischen Bestrebungen den Nährboden entzieht.

Gar nicht bedacht hat Wehler schließlich, dass Atatürks Denken und Wirken im Übrigen auch bei einer Vollmitgliedschaft der Türkei verheißungsvolle Fortsetzung finden kann im zwischenstaatlichen Bereich:

Die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei, der Zypernkonflikt wären zwischen zwei EU-Mitgliedern eher einer Lösung zuzuführen, weil eben zum guten Willen (zu Versöhnungsgeist und Beharrlichkeit Atatürks in einer seinerzeit weit belasteteren Situation) noch die Verbindlichkeiten der Union als "Druckmittel" hinzutreten. Die

jetzigen Asymmetrie - ein Vollmitglied, ein Nicht-Vollmitglied - blockiert erwiesenermaßen eine Einigung.

Die Türkei könnte ferner Hilfe leisten bei der Heranführung der Balkanstaaten an die Union. Sie hat schon von sich aus in den letzten Jahren wirtschaftliche wie politische Beziehungen aufgenommen zu Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Mazedonien und Albanien.

Als EU-Mitglied vermöchte die Türkei Brückenkopf zu den zentralasiatischen Staaten hin zu sein (ohne jeden Panturkismus, den Atatürk prinzipiell ablehnte), eine Funktion, die an Bedeutung weit über den gegenwärtigen Beitrag zur Befriedung Afghanistans hinausginge. "Der geschichtliche Umbruch [durch den Zerfall der Sowjetunion] hat es mit sich gebracht, dass die Türkei heute den gleichen Stellenwert hat, den andere Länder in unserer [Deutschlands] nächsten, näheren und weiteren Umgebung haben", schreibt Udo Steinbach, ein im Allgemeinen eher kritischer Beobachter des Landes. Man denke nicht nur an die Niederhaltung des Fundamentalismus ebendort, sondern auch an Absatzmöglichkeiten für die EU-Wirtschaft. Der Wichtigkeit der asiatischen Perspektive entspricht auch, dass türkische Politiker bereits von sich aus seit einiger Zeit den Einfluss in Zentralasien zu festigen versuchen.

Und endlich: Die in Europa lebenden Türken gewinnen durch türkische EU-Vollmitgliedschaft eine Statusverbesserung, welche über familiäre Kontakte (den jetzt schon sehr wirksamen Kultur-Transfer) ihren Niederschlag auch im Heimatland fände und dort die Rezeption westlicher Vorstellungen weiter befördern würde. Wer - wie zu seiner Zeit Atatürk - an die Überlegenheit der westlichen Zivilisation glaubt, wird auch davon überzeugt sein müssen, dass dieser Einfluss anderen Einflüssen gegenüber der stärkere sein wird.